

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM, frei Haus, bei Vorbestellung 1,50 RM. Inwieweit Beleggeld, Einzelnummern 10 Pf. Alle Postämter, Postboten und andere Ausnahmsweise zu jeder Zeit des Jahres abgeholt. Wochenspenden werden zu jeder Zeit gerne angenommen. Wochenspenden werden zu jeder Zeit gerne angenommen. Wochenspenden werden zu jeder Zeit gerne angenommen.

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Spalte 20 Rpfl., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Rpfl. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 92 — 91. Jahrgang Teleg.-Abz.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postkod.: Dresden 2640 Mittwoch, den 20. April 1932

Der Wille zum Sparen.

Wie an einen furchtbaren, brustbeklemmenden Traum denkt man heute an jene Zeiten des Sommers 1931 zurück, als mit dem Juli der Ausbruch einer schon lange schwellenden Kreditkrise erfolgte, als die Bankhäuser geschlossen wurden und der allgemeine „Run“, die Panik nicht einmal mehr vor den Sparbanken haltmachten. Diese Institute wurden vielleicht mit noch größerer Eile geschlossen als die Depositenbanken der Großbanken, weil ja die Zahl ihrer „Kunden“ unverhältnismäßig größer ist als bei dieser oder jener Großbank. Es kamen die Wochen, in denen der Später von seinem Guthaben selbst in den dringendsten Fällen nur kleinste und kleine Teile abheben durfte; trotzdem ging die Höhe der Spareinlagen, die im Mai 11,2 Milliarden betragen hatte, bis zum Ende Dezember 1931 um nicht weniger als anderthalb Milliarden zurück. Einen wie schnellen Anstieg die Sparbanken übrigens vorher erfreulicherweise gehabt haben, illustriert am besten die Tatsache, daß die Spareinlagen Ende Dezember 1927 erst 4,6 Milliarden betragen und sich dann Jahr um Jahr etwa um 1,5 bis 2,5 Milliarden vermehrten.

Mit Beginn des neuen Jahres 1932 kam dann nach dem Niedergang der vorhergehenden sieben Monate endlich der Umschwung: Im Januar überstiegen die Einzahlungen bei den Sparbanken um 165 Millionen die Auszahlungen, und diese Entwicklung hat sich dann fortgesetzt. Eine Krise allerschwerster Art war überwunden und das Vertrauen der breiten Massen des Publikums zurückgekehrt. Der Spargedanke hat trotz all der schweren Erschütterungen des vergangenen Jahres nicht gelitten, weil man schließlich doch auch im großen Publikum merkte, welche bemerkenswerte starke Widerstandskraft gerade diese Geldinstitute zeigten. Gewiss mußten auch sie den Kredit des Reiches in Anspruch nehmen, und es war ein spannend-bänglicher Augenblick für die Leitung der Sparbanken, aber natürlich auch für die Reichsregierung und die Reichsbank, als nun die Schalter wieder zu einer vorsichtigen Vollauszahlung geöffnet wurden. Doch auch dies ging vorüber, und wenn die Höhe der Auszahlungen immer noch größer ist als früher, so liegt das nicht an mangelndem Vertrauen auf die Sparbanken, das viel lieber das Geld daheim im Säckchen oder Kommodenkasten liegen läßt, sondern die steigende Arbeitslosigkeit zwang zur Abhebung von Geldern, die man sich in besseren Zeiten gespart hatte. Man will schon sparen, kann es aber in einem heute sehr viel geringeren Umfang. Darum sind heute die Auszahlungen zwar noch etwas größer als die Einzahlungen, aber dieser Fehlbetrag wird mehr als nur getilgt durch die Zins- und Aufwertungsquerschriften.

Eine heute von der Öffentlichkeit schon halb vergessene Notverordnung brachte übrigens eine Sparbankreform, die an den früheren bewährten Geschäftsmethoden der Banken eigentlich nur das eine änderte: Es mußte für eine größere Liquidität, für größere Bestände an raschfließendem Mittelgeld gesorgt werden. Gewisse Kreditbindungen der Sparbanken gegenüber ihren Kommunen wurden abgelöst, und heute könnten sie ohne weiteres etwa 40 Prozent der Guthaben in kürzester Frist zur Auszahlung bringen. Nichts aber hat sich an ihrer grundsätzlichen Zielsetzung geändert, Kreditgeber des Hausbesitzes, der kleineren und mittleren Wirtschaftsbetriebe zu sein. Auch in den Zeiten der schwersten Krise hat man es vermieden, diesen Kreisen gegenüber mit rigorosen Kreditkündigungen vorzugehen, die unabsehbare Unglück hätten anrichten können. Trotzdem brauchte im Jahre 1932 von den Sparbanken nicht nur kein neuer Kredit beim Reich oder der Reichsbank in Anspruch genommen zu werden, sondern sie konnten bereits im Januar daran gehen, die im Vorjahr notwendig gewordenen Stützungskredite wieder abzubauen.

In einer Zeit, da die Kredit- und Vertrauenskrise wie eine schwere dunkle Wolke über Deutschland lastet, ist es daher von allergrößter Wichtigkeit, wenn wenigstens über einem großen Kreditinstitut der Himmel etwas lichter ausbleibt. Wenn das Vertrauen zu den deutschen Sparbanken weiter steigt, so können sie vielleicht auch ihre heute besonders bedeutungsvolle Aufgabe erfüllen, nämlich die, das immer noch im großen Umfang „gehämerte“ Geld aus den Verstecken herauszuholen und es damit wieder in den wirtschaftlichen Kreislauf befruchtend einzufügen. Wenn in den nächsten Tagen der Deutsche Sparbankenverband zusammentritt, dann wird er — neben allem Stolz darüber, die Krise größtenteils aus eigener Kraft überwunden zu haben — sich sehr energisch jener Aufgabe und den Wegen zu ihrer Erfüllung zuwenden müssen.

Paris bestätigt Kreugers Tod.

Paris, 19. April. Die in Stockholm verbreiteten Gerüchte, wonach der ehemalige Zündholzlönig Kreuger nicht gestorben sei, sondern angesichts der verheerenden Finanzlage seiner Unternehmungen die Flucht ergriffen haben soll, werden in Paris nachdrücklich dementiert. Der Polizeikommissar des Stadtviertels, in dem Kreugers Wohnung sich befand, erklärte, daß er mit eigenen Augen Kreuger auf dem Totenbett gesehen habe. Von der Unterdrückung einer Wackspitze könne daher nicht die Rede sein.

Eine Kompromißentschließung in Genf

Krisenzeichen in Genf.

Todeszuckungen der Abrüstungskonferenz? Der amerikanische Staatssekretär Stimson ist in Genf erkrankt und nur bedingt verhandlungsfähig, Reichslanzler Brüning verläßt vorzeitig Genf und wird wahrscheinlich mit dem französischen Ministerpräsidenten Lardieu, dessen Kommen auch noch sehr zweifelhaft ist, gar nicht zusammentreffen. Jetzt kommt aus London die Nachricht, daß der Zustand des rechten Auges Macdonald sich so verschlimmert hat, daß die Ärzte seine Abreise nach Genf nur unter der Bedingung zulassen, daß er in Genf jeden Tag wenigstens drei Stunden völliger Ruhe genießt.

Hält man neben diese „Krankheitsfälle“ die offenkundige Abneigung Frankreichs, es in Genf zu seinen verbindenden Beschlüssen über die Abrüstung kommen zu lassen, so kann man der Abrüstungskonferenz nur ein frühes, ruhmloses Ende wahragen.

Die Sensation der Abrüstungskonferenz.

Stimson erscheint. Staatssekretär Stimson erschien im Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz während einer Sitzung. Die allgemeine Aufmerksamkeit im Sitzungssaal richtete sich sofort auf den amerikanischen Staatssekretär, der als erster leitender Staatsmann der Vereinigten Staaten an einer im Rahmen des Völkerbundes tagenden Sitzung teilnahm. Stimson besuchte später Grandi und war dann zum Tee Gast des Reichslanzlers Brüning im Hotel Metropol.

Frankreich sabotiert die Abrüstungskonferenz.

Vorzeitige Abreise des Reichslanzlers aus Genf. Der vom Sonderauschuß einstimmig angenommene Entschließungsentwurf über die stufenweise Herabsetzung der Rüstungen, jedoch nur unter der Voraussetzung der Durchführung einer entscheidenden ersten Stufe auf der gegenwärtigen Abrüstungskonferenz, führte zu einem lebhaften Zwischenfall im Hauptauschuß. Der rumänische Londoner Gesandte Titulescu als Vortrührer der französischen Staatsengruppe ging zum Gegenwort über und suchte die auf amerikanischen Wunsch in der Entschließung angenommene Forderung auf Herabsetzung der Rüstungen auf ein Mindestmaß durch eine einseitige Auslegung dieser Entschließung unwirksam zu machen.

Dieser offensichtliche Gegenwort der französischen Staatsengruppe wurde von Litwinow sofort scharf kritisiert. Litwinow erklärte, er lehne die Auslegung Titulescus ab und könne die Entschließung unter keinen Umständen annehmen. Nach einer längeren bewegten Aussprache stellte Henderson schließlich den Entschließungsentwurf des Sonderauschusses als solchen zur Abstimmung mit Handaufheben. Der Hauptauschuß nahm die Entschließung sodann einstimmig an, jedoch erhoben sich Litwinow und Titulescu gleichzeitig und erklärten, die Entschließung nur im Sinne ihrer Auslegung annehmen zu können. Die praktische Bedeutung dieser Entschließung ist damit in Frage gestellt.

Der erste praktische Entschluß der Abrüstungskonferenz ist durch das Vorgehen der französischen Staatsengruppe dadurch sabotiert worden. Das Zwischenstück im Hauptauschuß beleuchtet die Gesamtlage der Abrüstungskonferenz und hat allgemein ernste Zweifel an der praktischen Beschlussfähigkeit der Abrüstungskonferenz erregt.

Brüning kehrt vorzeitig aus Genf zurück.

Der Reichslanzler Brüning begibt sich mit Rücksicht auf die preussischen Landtagswahlen bereits am Sonnabend vormittag gemeinsam mit Staatssekretär von Bülow nach Berlin zurück, obwohl ursprünglich ein längerer Aufenthalt in Genf vorgesehen war.

Es steht noch nicht fest, ob der Reichslanzler in der nächsten Woche wieder nach Genf zurückkehrt. Infolge der vorzeitigen Abreise des Reichslanzlers steht es noch nicht fest, ob ein Zusammentreffen zwischen Lardieu und Brüning in Genf stattfinden wird. Es erscheint nicht unwahrscheinlich, daß der Reichslanzler das Zwedlofer seiner Anwesenheit in Genf eingesehen hat, da Frankreich offenkundig jeden Erfolg der Abrüstungskonferenz sabotiert.

Brüning bleibt voraussichtlich in Genf.

Berlin, 20. April. Reichslanzler Brüning wird entgegen der ursprünglichen Absicht voraussichtlich am Sonnabend nicht nach Berlin zurückkehren, sondern auch in der nächsten Woche noch in Genf bleiben. Seiner Wahlpflicht wird der Reichslanzler am Sonntag wahrscheinlich in der Hohenzollernschen Enklave Achberg am Bodensee genügen.

Die Frontenbildung in Genf.

Der italienisch-französische Gegensatz in der Abrüstungsfrage. Der Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz behandelte den zweiten Punkt der Tagesordnung, und zwar a) die Kriterien der Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen, b) Berücksichtigung der besonderen Umstände in den verschiedenen Ländern, c) die Methode der Berechnung der Effektivstärke nach den Erfordernissen der inneren Polizei und der nationalen Sicherheit.

Zu diesen Punkten lagen zwei einander völlig widersprechende Anträge vor. Der tschechoslowakische Antrag, dem sich die Vertreter von Norwegen, Schweden, Spanien angeschlossen hatten, verlangt, daß die Abrüstungskonferenz grundsätzlich beschließt, die Rüstungen auf das in der internationalen Richtlinien vereinbarte Mindestmaß herabzusetzen, unter Berücksichtigung der nationalen Sicherheit, der geographischen Lage und der besonderen Bedingungen eines Staates, wie es der französischen Abrüstungspolitik entspricht. Dagegen beantragte der italienische Außenminister Grandi, daß die Prüfung der Methoden und der Kriterien für die Herabsetzung der Rüstungen

somit auf praktischem Gebiet durchgeführt werde, um in kürzester Frist einen entscheidenden Abschnitt zur allgemeinen Herabsetzung der Rüstungen auf ein Mindestmaß herbeizuführen.

Votschaffer Radolny empfahl dem Hauptauschuß die Annahme des italienischen Antrages. Der Vertreter der französischen Regierung, Paul Boncour, brachte sodann mit großem Nachdruck

die französische Forderung zur Geltung, daß der Grundgedanke der nationalen Sicherheit und der internationalen Verpflichtungen als maßgebende Richtlinien in die Entschließung aufgenommen werden müssen. Die französische Abordnung siehe auf dem Boden des tschechoslowakischen Antrages und müsse gegen den italienischen Vorschlag Vorbehalte anmelden. Die französische Abordnung verlangte, daß die Bestimmungen des Artikels über die Berücksichtigung der nationalen Sicherheit im Wortlaut in die endgültige Entschließung über die Methode und die Kriterien der Herabsetzung der Rüstungen aufgenommen werden.

Der Hauptauschuß setzte nach ausgedehnten Verhandlungen nach der hier üblich gewordenen Methode einen Redaktionsauschuß ein, der die verschiedenen Vorschläge zu Punkt zwei der Tagesordnung über die Kriterien und Methoden der Herabsetzung der Rüstungen zusammenfassen soll.

Die Methoden der Abrüstung.

Kompromißentschließung des Genfer Redaktionsauschusses. Der vom Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz eingesetzte Redaktionsauschuß, in dem zwölf Mächte, darunter sämtliche Großmächte, vertreten waren, hat über die Methoden und die Bedingungen der Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen einstimmig eine Entschließung angenommen, die einen Mittelweg zwischen dem italienischen und dem tschechoslowakischen Vorschlag darstellt. Nach der Entschließung müssen entsprechend den Bestimmungen des Artikels 8 des Völkerbündepaktes die Rüstungen auf das mit der nationalen Sicherheit und der Durchführung der internationalen Verpflichtungen zu vereinbarende Mindestmaß herabgesetzt werden. Ferner muß der geographischen Lage und den besonderen Bedingungen jedes einzelnen Staates Rechnung getragen werden.

Der sowjetrussische Außenkommissar Litwinow meldete einen grundsätzlichen Vorbehalt gegen die Anwendung des Artikels 8 des Völkerbündepaktes an und erklärte, daß Nichtmitgliedsstaaten des Völkerbundes nicht in der Lage seien, die Bestimmungen dieses Artikels für sich als bindend anzusehen.

Der Hauptauschuß wird nunmehr über diese Methoden abstimmen und sodann die gleichzeitige Anwendung der wertmäßigen und mengenmäßigen Begrenzung durch völliges Verbot gewisser Materialien und Rüstungsarten sowie die politische und juristische Voraussetzung für eine Organisation des Friedens behandeln. Bei dieser Gelegenheit werden die letzten amerikanischen und italienischen Vorschläge auf vollständige Abschaffung sämtlicher entscheidenden Angriffswaffen sowie die französischen Abrüstungsvorschläge zur Verhandlung gelangen.

Internationalisierung der Verkehrsluftfahrt.

Ein weitgehender französischer Vorschlag. Die französische Regierung hat der Abrüstungskonferenz eine Denkschrift übermittelt, in der Vorschläge auf Internationalisierung der zivilen Verkehrsfluglinien